

Die „Sozialistischen Monatshefte“ im Kaiserreich. Sprachrohr eines Arbeiterzionismus?

Andreas Morgenstern

Die „Sozialistischen Monatshefte“¹ erschienen ab 1895; erster Herausgeber war der jüdischstämmige, in einer orthodoxen Königsberger Familie aufgewachsene Publizist Joseph Bloch.² In den beiden frühesten Jahrgängen trug das SPD-nahe Theorieorgan noch den Namen „Der sozialistische Akademiker. Organ der sozialistischen Studierenden und Studenten deutscher Zunge“. Dieser Name zeigt deutlicher noch als ihr späterer, eher pragmatischer Titel die Intention der Zeitschrift. Die „Monatshefte“ mit einer Auflagenhöhe von 2.000 bis 3.000 Exemplaren schuf Bloch als ein Gegengewicht zur bürgerlichen Sozialismuskritik, um für eine zukünftige, allmählich entstehende sozialistische Gesellschaft die Unterstützung aufgeschlossener bürgerlicher, akademisch gebildeter Kreise zu gewinnen. Die volle Gleichberechtigung als sozialdemokratisches Theorieorgan mit der „Neuen Zeit“ wurde den „Monatsheften“ aber auf ein Votum August Bebel's hin auf dem Münchner Parteitag 1902 vorenthalten.³

Mit den „Sozialistischen Monatsheften“ entstand ein „freies Diskussionsorgan für alle Anschauungen auf der gemeinsamen Basis des Sozialismus“⁴, wie Bloch in einem der wenigen von ihm selbst verfassten Artikel in der ersten Ausgabe nach der Umbenennung versprach. Er gewann namhafte Autoren, allen voran Eduard Bernstein. Der machte das Blatt zu einer – innerparteilich umstrittenen – Speerspitze des Revisionismus.⁵ Bloch

1 Siehe hierzu einführend Hubert Woltering: Die Sozialistischen Monatshefte (1895/96-1933), Onlinetext der Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/sozmon/070201-smh-begleittext.pdf>.

2 Die Persönlichkeit Joseph Blochs (1871-1936) harrt noch einer ihrer Bedeutung entsprechenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung, es gibt nur wenige, ältere Darstellungen. Siehe aber zumindest die Studie „Der Kampf Joseph Blochs und der ‚Sozialistischen Monatshefte‘ in der Weimarer Republik“ seines Neffen Charles Bloch, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Bd. 3, hrsg. von Walter Grab, Tel Aviv 1974, S.257-284.

3 Siehe Eike Middell: Sozialistische Monatshefte (SM), in: Simone Barck u.a. (Hrsg.): Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945, Stuttgart 1994, S.444.

4 Joseph Bloch, in: Sozialistische Monatshefte 1897, H.1, S.II.

5 Zu Judentum bzw. „jüdischer Frage“ schrieb der selbst jüdischstämmige Bernstein jedoch nicht. Er sah deren Lösung in der Assimilation, ohne aber entsprechende Aufrufe zu verbreiten. Siehe Robert S. Wittrich: Eduard Bernsteins Einstellung zur Judenfrage, in: Lud-

selbst akzeptierte den Marxismus zur Erklärung vieler gesellschaftlicher Bedingungen, lehnte ihn aber als Gesamtphilosophie ab.⁶ Religionen, soziale Emanzipation und die daraus folgenden Implikationen bildeten ein wichtiges Thema der „Sozialistischen Monatshefte“. Ihre intellektuelle Freiheit konnte dabei im Unterschied zur marxistischen „Mehring-Presse“, etwa zu „Die Neue Zeit“⁷ mit den Artikeln Karl Kautskys, eine Plattform für einen Zionismus sozialistischer Prägung eröffnen.

Zionismus war Teil der allgemeinen Politisierung des europäischen Judentums, und das auch in Abgrenzung zum jüdisch-sozialistischen „Bund“,⁸ der für religiöse Fragen eher taub war. Bereits 1884 hatte Leon Pinsker auf der Kattowitzer Konferenz von Zionisten die drohende Deklassierung der zumeist im Handel tätigen Juden als scheinbar unproduktiver Faktor im Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit angesprochen. Pinsker, Schöpfer des Werks „Autoemanzipation“,⁹ rief den Delegierten zu: „Ergreifen wir heute Pflug und Spaten an Stelle der bis nun gehandhabten Meßelle und Waagschale und seien wir wiederum das, bevor wir ins üble Gerede der Völker kamen.“¹⁰ Dabei beinhaltete der Zionsgedanke auch Ideen des Sozialismus, erschien Herzls Judenstaat, wo immer der auch entstehen sollte, doch als Beispiel einer fortschrittlichen und sozial utopischen Gesellschaft.¹¹ Nach Herzls Tod änderte sich aber die Perspektive,

ger Heid/Arnold Paucker (Hrsg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933, Tübingen 1992, S.79-90, hier S.83.

6 Siehe Bloch, Kampf, S.259.

7 Umstritten war insbesondere die Frage einer eigenen jüdischen Nationalität zwischen der „Neuen Zeit“ und den „Sozialistischen Monatsheften“. Siehe hierzu Rosemarie Leuschen-Seppel: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Bonn 1989, S.207. Eine Vergleichsstatistik über die Artikel zu Judentum und Zionismus bei „Sozialistischen Monatsheften“, „Vorwärts“ und „Die Neue Zeit“ findet sich ebenda, S.185.

8 Siehe Michael Brenner: Geschichte des Zionismus, München 2002, S.16.

9 Leon Pinsker beschrieb die Ablehnung des Judentums als Folge einer Wahrnehmung des Juden als Antithese folgend: „Der Jude ist für die Lebenden ein Toter, für die Eingeborenen ein Fremder, für die Einheimischen ein Landstreicher, für die Besitzenden ein Bettler, für die Klassen ein verhaßter Konkurrent.“ Leon Pinsker: Autoemanzipation [1882], in: Helmut J. Heil (Hrsg.): Die neuen Propheten, Fürth-Erlangen 1969, S.103-134, hier S.117. Zur Entstehungsgeschichte der Schrift siehe Julius H. Schoeps: Briefe Leon Pinskers an Isaak Rülff. Zur Vorgeschichte der jüdischen Nationalbewegung, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte (ZRGG), 34 (1982), S.220-234.

10 Leon Pinsker, zit. nach: Julius H. Schoeps: Autoemanzipation und Selbsthilfe. Die Anfänge der nationaljüdischen Bewegung in Deutschland, 1882-1897, in: ZRGG, 31 (1979), S.345-365, hier S.349.

11 Siehe Schoeps, Autoemanzipation, S.362.

von der Idee hin zur praktischen Umsetzung der Ansiedlung in Palästina, auch weil die – wenn auch zögerliche – Einwanderung von Juden in der alten Heimat Hoffnung verbreitete, stärkte sie doch das jüdische Volk, ohne das individuelle Schicksal zu verändern.¹² Anklänge des zeittypischen Nationalismus waren nicht zu überhören.

Noch fest in ihren materialistischen Denkschemata verhaftet,¹³ sah die SPD die Emanzipation des Judentums allein unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes. Bebels Parteitage von 1892, in der er auch für das Judentum einen Klassenwiderspruch konstatiert hatte, wurde erst 1906 zur offiziellen Position der SPD erhoben.¹⁴ Der Sozialdemokratie als Gegnerin des im späten 19. Jahrhundert aufkommenden rassistisch begründeten Antisemitismus¹⁵ blieb der Gedanke einer jüdischen Nation fremd. Zionismus symbolisierte für sie die Rückständigkeit des Ostens. Außerdem, so der weitere Gedankengang, stabilisierten die Zionisten die bürgerliche Ordnung, wenn die Forderung nach einer neuen Heimat den Druck auf Veränderungen vor Ort verminderte. Den Zionisten warf man gar kolonialistisch-imperialistische Tendenzen vor. Standen sich Arbeiterbewegung und Zionismus so zumindest fremd gegenüber,¹⁶ suchten die Arbeiterzionisten einen Ausgleich zwischen beiden. Ein Thema für die „Monatshefte“ als offenem Diskussionsorgan war so quasi vorgegeben.

Zionisten schreiben in den „Monatsheften“

Die „Sozialistischen Monatshefte“ beschäftigten sich zunächst mit ihnen naheliegenden Fragen des Judentums, wie der Abwehr des Antisemitismus, aber auch mit der Unwissenheit der Sozialdemokratie in religionsgeschichtlichen Themen. So monierte der Münchner Johannes Menzinger 1897, dass „unsere Einsicht in das geschichtliche Judentum viel gerin-

12 Siehe Brenner, *Geschichte*, S.52.

13 Siehe etwa Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie*.

14 Siehe Shlomo Na'aman: Die Judenfrage als Frage des Antisemitismus und des jüdischen Nationalismus in der klassischen Sozialdemokratie, in: Heid/Paucker (Hrsg.), *Juden*, S.43-58, hier S.47f.

15 Siehe Kurt Koszyk: *Sozialdemokratie und Antisemitismus zur Zeit der Dreyfus-Affäre*, in: Heid/Paucker (Hrsg.), *Juden*, S.59-78.

16 Das ist umso tragischer, als einer der frühen, wenn auch später in Vergessenheit geratenen Begründer des Zionismus, Moses Hess, eine Mischung aus ethischem Sozialismus und aufgeklärtem Nationalismus vertrat. Zu Hess siehe Shlomo Na'aman: *Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Hess*, Frankfurt/Main-New York 1982.

ger ist, als sie schon aus theologischen Rücksichten sein sollte und gar als Begründung unserer antisemitischen Praxis [gemeint ist die gesellschaftliche Situation in Deutschland, A.M.] sein sollte“.¹⁷ Die Folgen daraus seien gerade in einer Zeit des sich entwickelnden Nationalbewusstseins gravierend, lasse doch die Frage nach der staatsbürgerlichen Behandlung der Juden über den Wert des Staatsbürgertums selbst nachdenken.

So stellte noch im selben Jahr mit Sergej Njewsorow ein Teilnehmer des Basler Zionisten-Kongresses die Grundlagen dieser neuen, außerhalb der Reichsgrenzen aktiven Bewegung dar. Er betonte dabei deren, gerade für viele deutsche Juden befremdliche, historische Kontinuität: „Dieses Zurücksehen in das Heilige Land, in das Land Israels, ist nie aus den jüdischen Herzen gewichen.“¹⁸ Ihre „Haltlosigkeit“ dränge die Juden nach Palästina, denn auch die USA hätten die weitgespannten Hoffnungen auf eine neue Heimat nicht erfüllt. Erstmals tauchte in den „Monatsheften“ der sozialistische Charakter des Zionismus auf: Njewsorow hielt Herzl dessen, im Unterschied zu den bürgerlichen Zionisten, bewahrtes Herz für das Proletariat zugute. So wendete Njewsorow sich gegen die verbreitete Einstellung, die schlimmen Lebensbedingungen der Juden in Russland trafen das Bürgertum ungleich härter als das ohnehin weltweit deklassierte Proletariat. Manchem Zionisten gehe es auch um ein eigenes Staatswesen, um dann selbst zur herrschenden Klasse aufzusteigen. Das mündete in der Ablehnung des Strebens nach Eigenstaatlichkeit durch Njewsorow, der folgerte, „dass der Zionismus wie nichts Anderes berufen ist, das Judentum sittlich zu heben. [...] Aber das ist auch Alles.“¹⁹ Der Gedanke eines besseren, sozialistischen Lebens wurde gepflegt, das Streben der aktiven (bürgerlichen) Zionisten abgelehnt. Und so verschwand das Thema zunächst von der Agenda der „Monatshefte“. Lediglich im Umfeld der Dreyfus-Affäre erschienen einige Beiträge französischer Autoren, die aber über die Beschreibung der Ereignisse bzw. Folgerungen für die Haltung der europäischen Arbeiterbewegung gegen die Reaktion nicht hinausreichten und den manifesten Antisemitismus als Mittel zur Herrschaftssicherung der alten Eliten angriffen.²⁰

17 Johannes Menzinger: Die Geschichtsschreibung der Judenfrage, in: Sozialistische Monatshefte, 1897, H. 2, S.97-100, hier S.98.

18 Sergej Njewsorow: Der Zionismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1897, H. 12, S.645-651, hier S.645.

19 Ebenda, S.651.

20 Siehe Ghiveca Ralier: Der Fall Dreyfus, in: Sozialistische Monatshefte, 1898, H. 8, S.393-405; Jean-Baptiste Séverac: Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten, in: ebenda,

Erst 1904 wurde die jüdische Frage wieder aufgegriffen. Ladislaus Gumpłowicz wendete sich gegen die Russifizierungspolitik des zaristischen Regimes, dies gelte auch für Russlands Juden. Ebenso wie die Litauer setzten sie sich in „heldenmütiger Weise“ gegen den „infamen Vertilgungskrieg, den die czaristische Despotie“ führe, zur Wehr.²¹ Die Juden in Russland hätten zwar konfessionelle Volksschulen, allerdings allein deshalb, weil die Herrscher sie zu sehr verachteten, um sie zu russifizieren.²² Spätestens die Pogrome von Kischinew (vom Autor wurden die Ereignisse als bekannt vorausgesetzt)²³ hätten offenbart, dass die Juden an den äußersten Rand des Imperiums nach Litauen oder Polen gedrängt werden sollten, um die dortigen Völker gegen die neue Konkurrenz der jüdischen Handeltreibenden aufzuhetzen und sie noch tiefer ins Elend zu stürzen. Dennoch blieb auch dieser Artikel behaftet in der Bewertung der nationalen Frage innerhalb der Internationale. So sprach er die Lage der Ostjuden kurz an, ein Unverständnis gegenüber deren Zielen blieb aber unübersehbar. Jedoch fällt hier die Ablehnung des Assimilationsgedankens auf. Für Gumpłowicz wies die mögliche Anerkennung der litauischen Nationalität auf die Freiheitschancen anderer Nationen hin. Doch erneut verschwand das Thema vom Tapet der Zeitschrift.

Zum Ende des Jahrzehnts trat jedoch ein Wandel ein. Ab 1908 boten die „Monatshefte“ sozialistisch orientierten Zionisten mehr Raum, ihre Vorstellungen zu verbreiten. Den Auftakt machte Maks-Aryeh Shats unter dem Namen Maxim Anin, der gleich zu Beginn keinen Zweifel aufkommen ließ, „dass die Judenfrage zu den schwersten und kompliziertesten Problemen der Gegenwart gehört“ und bisher nicht „als selbständiges soziales Problem“ verstanden worden ist. Stattdessen gehöre sie zu den Fragen, denen man „mit Misstrauen und Unlust begegnet; sogar als Verrat an der Sache des internationalen Sozialismus“ betrachtet.²⁴ Während im Wes-

1899, H. 7, S.349-353; Julius Meier-Graefe: Zum Ausgang der Dreyfus-Affäre, in: ebenda, 1906, H. 9, S.792-797.

21 Ladislaus Gumpłowicz: Das russische Regime in Litauen und der internationale Congress von Amsterdam, in: Sozialistische Monatshefte, 1904, H. 8, S.646-653, hier S.646.

22 Siehe ebenda, S.649.

23 „Soll ich nun auch noch alle die niederträchtigen Chicanen, Intriguen und Misshandlungen aufzählen, denen die Juden im Czarenreich auf Schritt und Tritt ausgesetzt sind? Ich will es mir ersparen. Ein Wort genügt: *Kischinew!*“, ebenda, S.650 (Hervorhebung im Original). In Kischinew kam es Ostern 1903 zu einem über die russischen Grenzen hinaus wahrgenommenen Pogrom an den dortigen Juden, die vor Ort die zahlenstärkste Bevölkerungsgruppe stellten. Knapp fünfzig Menschen wurden ermordet, Hunderte verletzt.

24 Maxim Anin [Maks-Aryeh Shats]: Ist die Assimilation der Juden möglich?, in: Sozialisti-

ten eine Assimilation möglich sei, beschränke sich diese im Osten allein auf die privilegierten Klassen. Die Schwierigkeiten griffen jedoch noch tiefer, wenn selbst die Assimilationstendenz der jüdischen Oberschicht eine weitere Ausgrenzung der jüdischen Allgemeinheit fördere, denn Unternehmer trachteten allein nach der Maximierung ihrer Profite. Die Armenrate im jüdischen Siedlungsgebiet habe zwanzig Prozent erreicht und werde sich unter den gegebenen Bedingungen noch vergrößern. So entstehe ein neues sozioökonomisches Ghetto.²⁵ Etwas später problematisierte Shats die Perspektiven für eine „neue kolossale jüdische Wanderung“ nach Palästina, die im Unterschied zur Auswanderung nach Nordamerika oder auch Argentinien einen wirklichen Neubeginn verspreche, vom Paradies jedoch weit entfernt bleibe.²⁶

Shats Beiträge waren Ausdruck einer gewissen Orientierungslosigkeit. Wie das Leben in Palästina aussehen könnte, auf welcher Grundlage sich die vor allem aus ökonomischen Gründen auswandernden Juden dort ansiedeln und ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten, war für Shats nicht zu beantworten. Dennoch forderte er die „planmässig geleitete Kolonisation eines geeigneten Territoriums“, ohne dieses geografisch zu benennen, als „einzig mögliche radikale Lösung“.²⁷ Zugleich warnte Shats vor der Größe der Herausforderung, an der in den vergangenen Jahrzehnten schon mancher jüdische Kolonisationsversuch gescheitert sei.²⁸ So sei es unumgänglich, die Organisation auf „demokratischer Grundlage [zu] errichten und unter gesellschaftliche Kontrolle“ zu stellen.²⁹ An dieser Stelle schimmerte das Ideal einer Ansiedlungspolitik mit sozialistischem Antlitz durch, sollte es doch eine „zivilisatorische Kolonisation“ zur Erschaffung eines dem Zeitgeist entsprechenden „kompakten Kerns mit gesunder sozialer und nationaler Entwicklung“ werden. Shats verfasste einen Appell an die vielfach als Utopie geschmähte zionistische Idee.³⁰ Anschließend meldete er sich noch einmal zu Wort. Er mahnte die Aufnahme der

sche Monatshefte, 1908, H. 10, S.614-619, hier S.614.

25 Siehe ebenda, S.617f.

26 Siehe Ders.: Die Judenfrage als Wanderungsproblem, in: Sozialistische Monatshefte 1909, H. 13, S.849-854; siehe auch Ders.: Probleme des jüdischen Arbeiterlebens, in: ebenda, 1909, H. 4, S.231-235.

27 Ders.: Die Organisation der jüdischen Wanderung, in: Sozialistische Monatshefte, 1909, H. 19, S.1248-1254, hier S.1249f. (Hervorhebung im Original).

28 Siehe ebenda, S.1251.

29 Ebenda, S.1252.

30 Ebenda, S.1253.

Vertreter des Judentums in die Zweite Internationale an, auch wenn die vielfältigen Nationalitätenkonflikte deren Arbeit behinderten. Dies dürfe dennoch nicht zu einer Ausgrenzung der jüdischen Organisationen führen.³¹ Russlands Sozialdemokratie habe gar einen Aufnahmeantrag der Zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei mit der fadenscheinigen Begründung nicht erfüllter Zulassungsbestimmungen verworfen – ohne diese überhaupt anzuhören.³²

Untermauert wurde der Gedanke einer erfolgreichen jüdischen Ansiedlung auch mit ungewöhnlichen Positionen. So erkannte der Theologe Max Maurenbrecher, der eine Symbiose aus Sozialem, Religiösem und Nationalem anstrebte und sich wiederholt zu theologischen Fragen äußerte, einen religiös reinen Charakter des Judentums, der sich in den ärmeren Schichten bewahrt habe, die nicht anderen Göttern folgen würden. Die Existenz des Judentums demonstriere den Sieg des jüdischen Proletariats, eine Assimilation sei somit ausgeschlossen.³³ Letztlich redete Maurenbrecher damit einer Ausgrenzung das Wort, blieb damit aber in den „Monatsheften“ isoliert.

Aus der Beobachtung des allgemein aufgekommenen Nationalismus heraus publizierte mit Markus Ratner einer der Führer der Sozialistischen Jüdischen Arbeiterpartei Russlands zwischen 1908 und 1911 drei längere Aufsätze, die auf das Ostjudentum als eigenständiger Nation innerhalb des russischen Vielvölkerstaats ein besonderes Augenmerk warfen. Zu der von Shats beschriebenen Ausgrenzung zionistischer Gruppierungen aus der russischen Sozialdemokratie enthielt sich Ratner jedoch einer Äußerung. Hatte sein erster Aufsatz darunter gelitten, dass eine eindeutige Unterscheidung zwischen „national“ und „sozialistisch“ ausblieb,³⁴ weshalb die Vorwürfe an die Adresse der sozialistischen Zionisten, ihre Auswanderungsbestrebungen schwächten den Klassenkampf, auch nicht zu überzeugen wussten, lieferte er zwei Jahre später eine Beschreibung des damaligen Forschungsstands. Er wusste zwar erneut nicht mit einer zwingenden Definition zu gefallen, hielt jedoch zu Recht die wachsende Be-

31 Siehe u. a. Maxim Anin [Maks-Aryeh Shats]: Das Nationalitätsprinzip in der Sozialistischen Internationale, in: Sozialistische Monatshefte, 1910, H. 14, S.885-890; Ders.: Das jüdische Proletariat in der Internationale, in: ebenda, 1910, H. 16-18, S.1065-1068.

32 Siehe Ders.: Das jüdische Proletariat, S.1066.

33 Siehe Max Maurenbrecher: Die Bedeutung des Klassengegensatzes für den israelitischen Monotheismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1909, H. 4, S.218-224.

34 Siehe Markus Ratner: Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien, in: Sozialistische Monatshefte, 1908, H. 24, S.1533-1541.

deutung des Nationalen durch die allgemeine Emanzipation fest. Für die (Ost-)Juden forderte er wie der „Bund“ eine nationalkulturelle Autonomie, auch zur Linderung ökonomischer Nöte. Das Judentum sei zwar keine Sprachgemeinschaft, und die Religion erzeuge keine Volkseinheitlichkeit (mehr), es habe aber als Kultur- bzw. Schicksalsgemeinschaft überlebt.³⁵ Nachdem hier durchaus ein Wandel in Ratners Position hin zu einer stärkeren Beachtung des Nationalen im Judentum zu beobachten war, blickte er 1911 noch einmal auf das Verhältnis zwischen Nationalautonomie und Ökonomie.³⁶ Er befürwortete eine nationale Autonomie der Juden, wenn er „Bequemlichkeitswünschen des Westens“ widersprach, der wie selbstverständlich eine Assimilation erwarte. Ratner sparte nicht mit Vorwürfen an die Adresse der eigenen Genossen, die trotz einer grundsätzlichen Autonomiebefürwortung allzu oft an der Forderung nach einer überholten Einheitlichkeit unter den Arbeiterparteien festhielten und so jüdischen Organisationen die Anerkennung in der Internationale und auf vielen weiteren Gebieten vorenthielten. Der Beitrag Ratners entsprach zugleich den Beschlüssen des X. Zionisten-Kongresses im gleichen Jahr, in dem sich die Befürworter eines „synthetischen Zionismus“ Chaim Weizmanns, d. h. der gegenseitigen Befruchtung von politischer Forderung und konkreter Aufbauleistung in Palästina, durchgesetzt hatten.³⁷ In diesem Jahr 1911 veröffentlichten die „Sozialistischen Monatshefte“ auch im Rundschauteil, neben den Aufsätzen der zweite wichtige Bestandteil der Zeitschrift, erstmals zwei Beiträge zum Judentum, wobei die Redaktion die Meinung vertrat, der Sabbat sei ein Symbol des Gleichheitsgedankens. Paul Kampffmeyer würdigte in einem der beiden Beiträge einen Vortrag des jüdischen Religionsphilosophen Hermann Cohen, der eine soziale Ethik vertrete, die über die Gegenwart hinaus in die sozialistische Zukunft weise.³⁸ Die Ambivalenz im Denken der Sozialdemokraten der Zeit drückte sich aber auch darin aus, dass der gleiche Autor in einer Literaturübersicht dem Rassendenken einen „hohen Grad von Objektivität“

35 Siehe Ders.: Nationalitätsbegriff und nationale Frage, in: Sozialistische Monatshefte, 1910, H. 6, S.345-354.

36 Siehe Ders.: Die nationale Autonomie und das jüdische Proletariat, in: Sozialistische Monatshefte, 1911, H. 21, S.1333-1342.

37 Siehe Barbara Schäfer: Zionismus, in: Theologische Realenzyklopädie, Bd. 36, Teile 4-5, Berlin 2004, S.702.

38 Siehe Rundschau (Paul Kampffmeyer: Judentum), in: Sozialistische Monatshefte, 1911, H. 11, S.147f.

zusprach. Den Juden ordnete er hier einen hohen „Kulturwert“ zu.³⁹ Bevor auf die kurz vor und nach Kriegsbeginn plötzlich sprunghaft in die Höhe schnellende Zahl von Artikeln zur jüdischen Frage einzugehen ist, sei auf einen Beitrag Nathan Birnbaums unter dem Pseudonym Mathias Acher verwiesen, der den allgemeinbildenden Anspruch der „Monatshefte“ eindrucksvoll verdeutlicht. Seine Zeilen zur Literatur des Ostjudentums stellten kundig Schriftsteller wie Chaim Bialik, Saul Tschernichowskij oder Jehudo Steinberg vor. Der Autor macht dabei das Verhältnis zwischen dem Jiddischen und dem Hebräischen sowie das unübersehbare Ringen zwischen Altem und Neuem in der Gegenwart anschaulich. Birnbaum, selbst Kind ostjüdischer Einwanderer und Schöpfer des Begriffs „Zionismus“, kam zum Ergebnis, die Literatur des Ostjudentums sei anders, aber keinesfalls schlechter als ihr westliches Gegenüber.⁴⁰

Kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs publizierte Maks-Aryeh Shats seinen letzten Beitrag für die „Monatshefte“. Darin ist eine kritische Sicht auf die Lebenssituation der Ostjuden unübersehbar. Mit harten Vorwürfen an die polnische Adresse verwarf er die immer entschiedener Forderung nach Assimilation der „Juden“, die als störender „Fremdkörper“ empfunden würden. Zur Forderung nach Assimilation habe das Entstehen einer organisierten polnischen Arbeiterschaft beigetragen. So habe die Wahl des polnischen Sozialisten Eugeniusz Jagiello durch die eigentlich mit einer eigenen Mehrheit ausgestatteten jüdischen Wahlmänner Warschau im Oktober 1911 in die inzwischen durch die zaristische Regierung gezähmte vierte Duma⁴¹ zu einem Aufruf in bürgerlichen Kreisen geführt, die Juden müssten aus dem Land hinausgeworfen werden, da sie die Wahl eines sozialistischen Kandidaten ermöglicht hätten. „Die Maske des ritterlichen Polen wurde fortgeschleudert, und nun steht vor aller Augen mit haßverzerrtem Antlitz der kleinlich grimmige polnische Händler, der wütend und brutal gegen alles loszieht, was seinem Interesse im Wege steht; natürlich unter dem Banner des Fortschritts und der Kultur.“⁴²

39 Siehe Rundschau (Paul Kampffmeyer: Juden), in: Sozialistische Monatshefte, 1911, H. 17, S.1124-1126.

40 Siehe Mathias Acher [Nathan Birnbaum]: Über die ostjüdische Literatur, in: Sozialistische Monatshefte, 1913, H. 16-17, S.991-1004.

41 Siehe Heinz-Dietrich Löwe: Duma, Regierung und russische Öffentlichkeit, 1906-1916, in: Dittmar Dahlmann/Pascal Tresse (Hrsg.): Von Duma zu Duma: Hundert Jahre russischer Parlamentarismus, Bonn 2009, S.283-316, hier S.297.

42 Maxim Anin [Maks-Aryeh Shats]: Der Judenboykott in Polen, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 6, S.350-355, hier S.351.

Wuchtig drehte Shats die immer wieder vorgebrachten antisemitischen Topoi gegen die Polen. Interessanterweise mündete Shats deprimierende Beschreibung aber nicht in der Perspektive der Auswanderung und damit einer Fortsetzung dieses ohnehin seit Jahren anhaltenden Prozesses, sondern in der Forderung nach „Kooperationen aller Art“.⁴³ Dass er nicht einmal anzudeuten vermochte, wie diese aussehen sollten, erscheint im Rückblick als Menetekel einer schlimmen Zukunft.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Quessel, der sich im bald ausbrechenden Krieg als entschiedener Befürworter des Burgfriedens profilierte, lenkte im Juni 1914 den Blick auf die Chancen und Risiken einer jüdischen Besiedlung Palästinas als Schritt gegen die drohende „Verarmung der Kulturmenschheit“. Der Zionismus mache aufmerksam auf die „besondere nationale Geistigkeit“ der Juden, die sich auch in einer eigenen Sprache ausdrücke.⁴⁴ Zum ersten Mal unterstützte damit in den „Monatsheften“ ein Nichtjude die zionistische Bewegung – ein Meilenstein in der Entwicklung des Blattes. Quessel hielt den deutschen Juden den Spiegel vor: Sie würden ebenso wie die Antisemiten den Zionismus als Zeichen eines vorgeblich besonderen Volkstums ablehnen. Er fügte an, erst das Verschwinden des politischen Antisemitismus in Deutschland ermögliche den hiesigen Juden einen unverstellten Blick auf den Zionismus. Gerade die junge Generation, auch Westeuropas, sei zum größeren Teil den zionistischen Idealen gegenüber aufgeschlossen, wolle Aufbauarbeit leisten.⁴⁵ Quessel beschrieb eine marktökonomisch gespeiste Einwanderung, in der sich wohlhabende Juden durchaus Chancen ausrechneten, gleichzeitig aber Probleme, wie der gescheiterte Weinanbau, ihrer Lösung harren. Dennoch sah er, ganz euphorisch, die Zukunft im Zionismus, denn in Palästina „erwächst ein neues jüdisches Geschlecht, das nur noch eine Sprache kennt, die ganz der Judenheit zugehört, die Geist von ihrem Geist ist, die heilige Sprache ihrer Väter: das Hebräische“.⁴⁶ Die Anleihe an Max Nordaus „Muskeljudentum“ ist unübersehbar.

Quessel war zwar zur Verteidigung des Zionismus aufgestanden, doch hatte noch immer kein Autor der „Sozialistischen Monatshefte“ die Frage nach der Besonderheit eines Zionismus sozialistischer Prägung beantwor-

43 Ebenda, S.355.

44 Ludwig Quessel: Die jüdische Neukolonisation Palästinas, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 11, S.672-684, hier S.675.

45 Wobei Quessel den zeittypischen Fehler beging, Palästina und dessen Nachbarländer als „ziemlich menschenleere Länder“ anzusehen. Ebenda, S.680.

46 Ebenda, S.681.

tet. Auf sie ging dann im Sommer 1914 der Arbeiterzionist Katriel Shub unter dem Namen Leon Chasanowitsch ein. Zwischen 1913 und 1919 Wiener Parteisekretär der Poalezionisten, beschäftigte er sich in zahlreichen Studien mit der Situation und den Perspektiven des Ostjudentums.⁴⁷ Shub bilanzierte einen Sieg des Poalezionismus im Kampf gegen die Bürgerlichen.⁴⁸ Seine Vorstellung der Ziele von Poale Zion verband sich mit der harschen Verurteilung der Sozialdemokratie, in diesem Fall der österreichischen, aber dieses Urteil war auch auf die deutsche übertragbar: „Was man den Angehörigen eines noch so winzigen, unzivilisierten und geschichtsvergessenen Volkes nicht zumuten würde, wird von den Juden geradezu als unerläßlicher Beweis der sozialistischen Gesinnungstüchtigkeit gefordert: der Verzicht auf ihre Nationalität, das Fahrenlassen jeder Hoffnung auf eine Aufrichtung ihres gehetzten und geknickten Volkes.“ Das mündete in den Ruf: „entweder Eigenkultur oder innere Barbarei“.⁴⁹ Die „Monatshefte“ wurden hier ihrem Ruf als Stachel im Fleisch der Sozialdemokratie gerecht. Shub drehte die Argumente der Gegner des sozialistischen Zionismus um. Inzwischen habe sich im Ostjudentum das Proletariat als der Kulturträger etabliert, während die Assimilanten auf der Seite der Reaktion stünden. Die Gründung einer eigenen jüdischen Heimstatt werde folglich „sozusagen die Krönung des Werks der Renaissance“ sein.⁵⁰

Nun ging es Schlag auf Schlag. Raphael Seligmann wendete den Blick wieder auf die Lage der Juden im Osten und verfasste eine scharfe Verurteilung zaristischer Politik. Der „naive und aufrichtige Despotismus“ seit den 1860er-Jahren habe sich „zu einer nicht mehr religiösen, sondern sozialen und nationalen Unterdrückung der Juden“ gewandelt.⁵¹ Die Refor-

47 Siehe u. a. Die Krise der jüdischen Kolonisation in Argentinien und der moralische Bankrott der J.C.A.-Administration, Stanislaw/Stanslau 1910; Die polnischen Judenpogrome im November und Dezember 1918: Tatsachen und Dokumente, Stockholm 1919; oder die gemeinsam mit Leo Motzkin herausgegebene Dokumentensammlung: Die Judenfrage der Gegenwart, Stockholm 1919.

48 Leon Chasanowitsch [Katriel Shub]: Ziele und Mittel des sozialistischen Zionismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 15, S.962-973, hier S.962. Diese Gruppierung war und ist allerdings bis in unsere Tage umstritten. Siehe die wenig schmeichelhaften Äußerungen zu der Partei bei Rick Kuhn: Jüdischer Antizionismus in der sozialistischen Bewegung Galiziens, in: PaRDeS. Zeitschrift der Vereinigung für Jüdische Studien, 15 (2009), S.124-145.

49 Chasanowitsch, Ziele, S.964f.

50 Ebenda, S.967.

51 Siehe Raphael Seligmann: Über die Juden in Russland, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 17, S.1084-1091.

mierbarkeit des Systems verneinte Seligmann, weshalb allein „ein einziger, alles zermalmender Streich“ diese Lage ändern könnte.⁵² Der Erste Weltkrieg hatte inzwischen begonnen.

Das Judentum als Partner im Weltkrieg?

Die „Sozialistischen Monatshefte“ mit ihrem für außenpolitische Fragen zuständigen Redakteur Ludwig Quessel stellten sich entschlossener als andere Teile der Sozialdemokratie auf die Seite der Befürworter eines Burgfriedens und einer entschiedenen Bekämpfung nicht nur Russlands, sondern auch der Westmächte. Ein Übriges tat die lebenslange Distanz Joseph Blochs gegenüber der angelsächsischen Zivilisation, die sich in einer Parteinahme für eine entschlossene Kriegsführung und einer nicht versiegen wollenden Sympathie für das russische Volk manifestierte.⁵³ So wurde jetzt die Zukunftsfrage des Judentums eher in einem strategischen Zusammenhang als in einer idealistischen Weise betrachtet. Palästina als potenzielle Heimstatt der Zionisten gehörte als Teil des Osmanischen Reichs einem Verbündeten, der in der Levante ebenso wie das Reich selbst gefährdet war.

Ludwig Quessel entdeckte nun, dass Juden und das deutsche Volk das gleiche Schicksal teilten, nämlich fast überall „unbeliebt, ja sogar verhaßt zu sein“.⁵⁴ Ausführlich ging er auf einen Vortrag Paul Rohrbachs ein,⁵⁵ und begründete eine Interessengemeinschaft und damit indirekt eine Kampfgemeinschaft zwischen Deutschen und Juden. Rohrbach hatte die Sicherung der Existenz des Osmanischen Reichs als im Sinne von Deutschen und Zionisten bezeichnet, denn England heiße innerislamische Gegensätze an, wodurch zionistische Bestrebungen zwangsweise den arabischen Interessen untergeordnet würden. Unerwähnt ließ Quessel Rohrbachs Rolle als Propagandist des Reichsmarineamts. Zugleich warb er für eine Kooperation mit den in Feindesland lebenden oder in Palästina bedrohten Juden.⁵⁶

52 Ebenda, S.1091.

53 Siehe Bloch, Kampf, S.263f.

54 Ludwig Quessel: Deutsche und jüdische Orientinteressen, in: Sozialistische Monatshefte, 1915, H. 8, S.398-402, hier S.399.

55 Die Rede wurde auch in der „Jüdischen Rundschau“ vom 12.3.1915 unter dem Titel „Die Zukunft des Orients“ abgedruckt. Rohrbachs Hauptwerk „Der deutsche Gedanke in der Welt“ erschien bei Langewiesche, Düsseldorf u. a. 1912 und postulierte die „dauernde Auslese der Tüchtigsten unter den Völkern“ (S.6).

56 Quessel wiederholte noch einmal die Bedrohung der jüdischen Existenz in Palästina in

Gerade deshalb verbanden sich nach der Februarrevolution 1917 besondere Erwartungen mit Russland, der Heimstatt zahlreicher Juden. Der jüdischstämmige Jurist Leo Rosenberg betonte die tragende Rolle der Juden bei diesem Umsturz, die nicht allein die eigene Freiheit, sondern die Freiheit aller Völker Russlands miterkämpft hätten.⁵⁷ Auf die Frage nach der Fortführung des Kriegs im Osten ging Rosenberg jedoch weder hier noch in seinem kurz darauf folgenden Artikel „Emanzipation und Zukunft des Ostjudentums“ ein; er beschränkte sich auf die Analyse der lokalen Lebensbedingungen. Diese hätten sich mit der Änderung der sozialen Verhältnisse wirklich gebessert.⁵⁸

Trotz einer Weitung des Blicks beschäftigten sich die „Monatshefte“ in erster Linie weiter mit der Lage des Ostjudentums und der Suche nach einer Position zum Zionismus. Die bisherigen Äußerungen kamen ja mit Ausnahme Quessels von osteuropäischen sozialistischen Zionisten, waren also interessegeleitet. Und auch der junge Chemnitzer Herman Kranold bezeichnete sich selbst als Anhänger der Zionisten. Er wiederholte die bereits ein Jahrzehnt zuvor beschriebenen Elendszustände der Juden im Russischen Reich – noch immer ein Kriegsgegner – und verband das mit dem Befund eines gewachsenen jüdischen Nationalgefühls, das „aus der Phase des unbewußten Schlummers zu bewußter Klarheit emporgehoben“ sei.⁵⁹ Der ständige „Monatshefte“-Autor Kranold (er befasste sich auch mit Erziehungs- oder Wirtschaftsfragen) sprach dem Zionismus „die Befreiung des Judentums“ zu, der in der „alten Heimat, Erez Israel“ entgegen der gegenwärtigen Verstädterung die „ursprüngliche Neigung zum Bauerntum“ wieder aufnehmen helfe. Versprochen wurde nicht nur ein neues, nationales Zentrum, sondern auch wirtschaftliche Prosperität, obwohl in Palästina Wasserarmut das Leben erschwerte. Entgegen dem bisherigen Tenor verklärte Kranold den Küstenstreifen als Land, „in dem Milch und Honig fließen“ und nach dem die „in tiefstem Grunde noch

einer Besprechung der von Alfons Paquet verfassten zionistischen Schrift „Die jüdischen Kolonien in Palästina“ (Weimar 1915), der vor englischer oder russischer Fremdbestimmung Palästinas warnte. Siehe Rundschau (Ludwig Quessel: Jüdische Kolonisation), in: Sozialistische Monatshefte, 1916, H. 20, S.1023f.

57 Siehe Leo Rosenberg: Die Emanzipation der Juden in Russland, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 14, S.731-738.

58 Siehe Ders.: Emanzipation und Zukunft des Ostjudentums, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 17, S.884-889.

59 Herman Kranold: Die Juden in Polen und Palästina, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 13, S.681-690, hier S.681.

immer orientalistisch-bäuerliche Seele der Juden sich, unentwegt suchend, zurücksehnt“.⁶⁰ Eine in der Zeit fest verankerte Sehnsucht nach dem Ursprünglichen, jenseits der hastenden Moderne, klang unüberhörbar durch und fand im Gedanken der palästinensischen Besiedlung ihren Ausdruck. Doch lebten die Juden, anders als es diese idyllisierende Vorstellung suggerierte, bislang hauptsächlich in den Städten Palästinas. Auch die ausgewanderten Juden neigten zu keinem Romantizismus. So verblieb nur die Hoffnung auf die Jugend, die mit großem Engagement in Kibbuzen den Schwierigkeiten trotzte. Kranold folgerte aus diesem Hoffnungsschimmer: Zionismus ist keine reine Utopie. Die langfristige Perspektive ergänze die „gesunde realpolitische Unternehmung“, schließlich stärke die Einwanderung auch die Türkei, wie er andernorts ausführlich darlegte.⁶¹ Der Befund entsprach den Empfindungen vieler Leser und Mitarbeiter der „Monatshefte“ im inzwischen vierten Kriegsjahr. So betonte Kranold entgegen der im Reich verbreiteten Stimmung die Opfer der Juden im Krieg, wodurch deren Bestreben nach nationaler Freiheit und einer eigenen Heimstatt weiter gestützt würde. Die Mittelmächte hätten hingegen nach der Besetzung Polens keine Schritte zur Verbesserung der dortigen Situation eingeleitet.⁶² Schulterchluss des Autors mit den einfachen Menschen und Distanz zur kaiserlichen Regierung gingen Hand in Hand. Wortmächtig verurteilte Kranold eine seiner Meinung nach im Reich gepflegte Überschätzung der inner-russischen Nationalitätenfrage, die sich allein aus den auf die übrigen Nationalitätenkonflikte nicht übertragbaren Loslösungsbestrebungen Finnlands und Polens speisten.⁶³ Im Einklang mit der Generallinie der „Monatshefte“⁶⁴ forderte er eine Umorientierung der Reichspolitik nach Osten als „grundlegende Lebensnotwendigkeit für die deutsche Zukunft“.⁶⁵ Die Großmacht-politik eines demokratisierten Russland müsse gestützt werden, schließlich habe das Deutsche Reich nur ökonomische Interessen im Osten.⁶⁶

60 Ebenda, S.685.

61 Siehe Ders.: Wasserwirtschaft und Verkehrsmittel in der Türkei, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 12, S.626-635.

62 Ders., Juden in Polen, S.689.

63 Siehe Ders.: Deutschland und die Fremdvölker Russlands, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 16, S.824-831, hier S.826.

64 Siehe auch den Artikel von Ludwig Quessel: Russland und der angelsächsische Wirtschaftskrieg, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 7, S.225-235.

65 Kranold, Deutschland, S.831.

66 Siehe Ders.: Deutsch-Türkische Wirtschaftsbeziehungen, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 18, S.913-919, hier S.913.

Mit seiner Negierung der Absetzbewegung anderer Völker hatte Kranold für sich den Widerspruch zwischen Demokratie und imperialer Politik aufgelöst, obwohl er für die Ostjuden eben noch mehr Autonomie gefordert hatte. Von einer Ablehnung jeglicher Großmachtspolitik waren allenfalls Reste geblieben, sollte doch Russland durch Demokratie und eine innere Gewaltenteilung quasi automatisch zu einem gütigen Hegemon mutieren. Der Glaube an das Prinzip der Volksherrschaft überwog.

Das Ideal des sozialistischen Zukunftsstaats

1918 überschlugen sich die politischen Ereignisse. In Russland hatte nach der Oktoberrevolution der Bürgerkrieg begonnen. Das Land musste mit Deutschland den harten Frieden von Brest-Litowsk schließen, der den Verlust großer Teile auch jüdischen Ansiedlungsgebiets bedeutete. Großbritannien hatte bereits im November 1917 in der Balfour-Deklaration nach der Eroberung Beerschebas den Zionisten eine Heimstatt in Palästina versprochen. Das Kaiserreich bündelte seine letzten Reserven für die Entscheidung im Westen. An die Stelle zionistischer Gedankenspiele trat die Auseinandersetzung mit dem Zerfall des europäischen Imperiums Russlands. Die bisher auf Russland und Rumänien verteilten Juden fanden sich in diversen, im Entstehen befindlichen Neustaaten wieder.

In den „Monatsheften“ leiteten das Jahr 1918 scharfe Angriffe des höchsten Vertreters des organisierten Zionismus, Julius Berger, gegen die Reichspolitik ein. Der Generalsekretär der Zionistischen Weltorganisation führte seit 1917 auch die den Kriegseinsatz von Ostjuden organisierende Jüdische Abteilung der deutschen Arbeiterzentrale in Warschau. Nun warf der aus Breisig stammende Berger den Regierenden in Deutschland eine verkehrte Politik gegenüber den Ostjuden vor. Weder seien deren religiöse Eigenheiten ausreichend bedacht worden, noch sei ein adäquater Einsatz der Arbeiter gelungen. Diesen wäre in erster Linie die extrem harte Arbeit in den oberschlesischen Hütten und Bergwerken zugemutet worden, obwohl sie aus Handwerk und Handel kämen. Trotz hoher Arbeitsbereitschaft, die Berger ausdrücklich heraus hob, sei es zu unnötigen Schwierigkeiten gekommen. Julius Berger ließ durchschimmern, diese Entwicklung habe abwertende Urteile über die Juden gestützt. Nun befördere er in seiner Funktion stattdessen den Einsatz der Juden in Handel und Industrie.⁶⁷ Insgesamt schrieb Berger den Ostjuden eine hohes moralisches Be-

67 Siehe zu Julius Bergers Politik im Ostarbeiterkomplex: Jochen Oltmer: Migration und

wusstsein sowie ein starkes Persönlichkeitsgefühl zu, das allerdings auf einem noch zu ausgeprägten Individualismus fuße. Sozialistisches Bewusstsein sah er noch nicht ausgebildet.⁶⁸ Zum Zionismus äußerte sich Berger an dieser Stelle nicht.⁶⁹

Im weiteren Verlauf des Jahres sollte sich Berger noch zwei weitere Male zu Wort melden, doch zunächst waren wieder Gedanken Herman-Kranolds zu lesen. Gerade aus strategischen Gründen im Kampf um die Köpfe und Herzen sah er Deutschland nach der Balfour-Deklaration in Zugzwang, weshalb türkische und deutsche Regierungsstellen Versprechungen abgegeben hätten, „die ein Entgegenkommen an die national-jüdischen Hoffnungen und Wünsche bedeuten“.⁷⁰ Die Hoffnung verbreitende Meldung blieb gleichwohl unbestimmt, und auch Kranold musste einschränken, dass gleichzeitig die begrenzten Einwanderungsmöglichkeiten angesprochen worden seien. So sei das Gute an der Balfour-Deklaration zu nutzen, nämlich die Perspektive einer entwicklungsfähigen Heimat. Eine Kritik am osmanischen Verbündeten war für Kranold kaum möglich, denn der könne das Land nicht aufgeben, da sein Besitz doch auch „immer ein Stück Weltherrschaft“ bedeute.⁷¹ Die Engländer könnten da weit großzügigere Versprechungen tätigen. Was nun folgte, war die wiederholt aufscheinende Aussage, ein aktiver Beitrag zum Fortschritt, zum Sozialismus, rechtfertige Kolonialisierungen. Das zu erwerbende Land solle „ein Obereigentum der jüdischen Nation begründen“.

Das Besondere an diesem Aufsatz von Kranold ist, dass erstmals ein Anhänger des Zionismus für sich offen in Anspruch nahm, die Meinung der „Sozialistischen Monatshefte“ zu vertreten. Aus dem noch Randständigen der Gastbeiträge hatte die jüdische Frage das Herz des Blattes erreicht, das die „Aufklärung unserer Partei über die jüdischnationalen Angelegenheiten seit jeher als wichtige Aufgabe angesehen“ habe.⁷² Erst die jüdische Kolonialisierung Palästinas führe zur „Wiederherstellung des vollen Menschentums im Juden, wie die Erfüllung der zionistischen Wünsche

Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005, S.234.

68 Siehe Julius Berger: Ostjüdische Arbeiter in Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 9, S.472-479.

69 Siehe hierzu etwa seinen zeitgenössischen Beitrag „Zionismus in Polen“, in: Der Jude. Eine Monatsschrift, 2 (1917/18), S.291-299.

70 Herman Kranold: Die Zukunft Palästinas, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 5, S.235-241, hier S.235.

71 Ebenda, S.236.

72 Ebenda.

sie zweifellos darstellt“. Dieses Pathos mündete in der Aufforderung an die Genossen, nicht nur aus „Klugheitsgründen“ für zionistische Bestrebungen einzutreten. Damit würde auch das „(jetzt zu Schlagwortzwecken missbrauchte, zur Farce erniedrigte) Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinn einer Pflicht zu schaffender Arbeit, im Sinne einer Entwicklung zu hohen Menschheitszielen“ getragen.⁷³ Der Zionismus wurde so zum Bestandteil des erhofften sozialistischen Zukunftsstaats erhoben. Als Teil der Emanzipationsbewegung anerkannt, durfte er nicht mehr abgelehnt werden: „Erst durch die Beteiligung des Proletariats hat der Zionismus seinen realen Sinn erhalten“. ⁷⁴ Statt lediglich als Plattform zionistischen Gedankenguts zu dienen, hatten sich die „Monatshefte“ zu dessen Unterstützern gewandelt.

Unüberhörbar verstärkte sich 1918 das Gefühl einer nahenden Kriegsentcheidung, welche in gesteigerter Dringlichkeit die Zukunft des nicht assimilierten Judentums auf das Tapet holte. Der österreichische Sozialist und Zionist Max Rosenfeld begründete in der Zeitschrift „Der Jude“ eine soziale Gesetzgebung aus der Bibel heraus. Auf dieser Grundlage forderte er die Inbesitznahme des Heiligen Landes⁷⁵ sowie die „geistige Revolutionierung der jüdischen Massen“, wie er sich auch in den „Monatsheften“ äußerte. Diese wiederum sei vom neuen Zionismus befördert, den England nun mit seiner Losung von der nationalen Selbstbestimmung betone.⁷⁶ Durch die Beteiligung des Proletariats habe der Zionismus einen „realen Sinn“ erhalten, denn ohne Arbeiterbewegung erschien dieser als prinzipiell machtlos. Soziale und nationale Emanzipationsbewegung verschmolzen in dieser Vorstellung zu einer Einheit, die mithilfe der internationalen Unterstützung, die tatsächlich eher auf machtpolitischen statt moralischen Faktoren basieren sollte, die Lösung der Palästinafrage für das Kriegsende als wahrscheinlich ansehen ließ. Diese Lösung konnte für Rosenfeld nur im jüdischen Neuaufbau an den Wurzeln des jüdischen Volks geschehen. Nähmen die Juden ihr Schicksal wieder selbst in die Hand, dann bedeute das auch, es zu einer Angelegenheit für Demokraten und Sozialisten zu machen.⁷⁷

Ein besonderes Augenmerk legten die „Monatshefte“ natürlich weiterhin

73 Ebenda, S.241.

74 Max Rosenfeld: Judenfrage, Palästina und Weltpolitik, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 14, S.784-789, hier S.785.

75 Siehe Ders.: Soziale Steintafeln, in: Der Jude. Eine Monatsschrift, 3 (1918/19), S.458-463.

76 Ders., Judenfrage, S.786.

77 Siehe ebenda, S.789.

auf die Perspektiven des Judentums im nachrevolutionären Russland. Das Land erschien nun in der unruhigen Region als Hort der Vernunft. Die Missstände mündeten hinsichtlich des an Rumänien gefallenen Bessarabiens bei Quessel in der Ferndiagnose, „daß die Juden keinen sehnlicheren Wunsch als die Rückkehr des Landes nach Rußland haben“.⁷⁸ Denn im zweiten Entente-Land mit einer zahlenstarken ostjüdischen Bevölkerung, in Rumänien, besserten sich die katastrophalen Lebensbedingungen für die Juden auch nach dem Bukarester Friedensvertrag von Mai 1918 kaum. Der trotzte in den Artikeln 27 und 28 dem rumänischen Kriegsverlierer zwar die Möglichkeit jüdischer Kultusgemeinden und Schulen ab, stellte diesen Fortschritt aber zugleich unter einen unbestimmten Sicherheitsvorbehalt. Auch der an die neue staatsbürgerliche Gleichberechtigung gebundene umfangreiche Abstammungsnachweis habe deren Verhinderung zum Ziel, so Quessel, da die bisherige Ausgrenzung entsprechende Unterlagen gerade verhindert habe. Im Vergleich hierzu wurden die Umstände jüdischen Lebens in Russland, wie sie nach der Revolution gegeben waren, als deutlich weniger gefährdet empfunden.⁷⁹

Den Abschluss dieses Jahres 1918 bildeten zwei weitere Artikel Julius Berbers. Er erhoffte sich von den zwischenzeitlich im Reich beschäftigten ostjüdischen Arbeitern eine Vermittlung zwischen Deutschen und Russen.⁸⁰ Er unterstrich, realpolitische Interessen einrechnend, dass die Schaffung von kleineren, aus dem früheren Zarenreich herausgeschnittenen Staaten aufgrund ihrer heterogenen Bevölkerungsstruktur eine Anlehnung an den Nachbarn in Berlin oder Moskau fordere und dass beispielsweise Polen für den Osten optiere.⁸¹ Die Gemengelage der unterschiedlichen Völkerschaften dränge die Juden trotz ihrer Bedeutung für den gesellschaftlichen Fortschritt an den Rand. Die „Befreiungspolitiker“ würden jedoch unverändert die Ablösung von Russland als höchstes Glück der Ostjuden ansehen und die von der Regierung Kerenski geschaffene volle Gleichberechtigung ignorieren. Dies mündete in die Erklärung: „Denn jeder russische Jude weiß, daß das russische Volk in keiner Hinsicht judenfeindlich ist: trotz der Pogromen [sic], die von dem Tschin und dem Militär mit Hilfe betrunken gemachter Pöbelmassen angezettelt wurden; aber jeder weiß

78 Rundschau (Ludwig Quessel: Rumänische Judenpolitik), in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 9, S.494.

79 Siehe ebenda.

80 Siehe Julius Berger: Die deutsche Ostpolitik und die Juden, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 17, S.940-946.

81 Siehe ebenda, S.940.

und fühlt es, wie unerhört jüdenfeindlich die Polen denken und handeln“. Er befürchtete eine Massenauswanderung der Juden nach dem verbliebenen Russland.⁸²

Berger verharmloste die antijüdischen Übergriffe in Russland als Randerscheinung eines verführten Pöbels. Seine geäußerte Vorstellung von einer Vermittlerposition der Juden zwischen Deutschen und Russen zeigte auf, dass eine Auswanderung nicht im Interesse der jetzigen Heimat, letztlich aber auch nicht im Interesse der Gleichberechtigung und der neue Freiheiten genießenden Ostjuden läge. Zionismus war demnach nur vor Ort, in der jüdischen Diaspora, und nicht in Erez Israel zu erreichen. Außer Acht ließ er weiterhin den längst vollzogenen Sturz der bürgerlichen Regierung. In seinen weitgreifenden, international ausgleichenden Ideen übersah er die nüchternen Realitäten des Jahres 1918.

Kurz darauf, am Vorabend des herbeigeschnittenen Kriegsendes, legte Berger die sozialistisch-zionistischen Potenziale noch einmal dar, sah nun Auswanderung in beträchtlichem Maß aber doch wieder als Faktum ostjüdischen Lebens an. Aufrüttelnd bezeugte er die Lebendigkeit des Zionismus im Ostjudentum, die „vor den Augen der deutschen Soldaten auf[stieg], die Zeugen wurden, mit welcher Treue der reichste wie der ärmste Jude an seiner palästinensischen Hoffnung hing“, dem „der Zionismus [...] auch wieder politische Aktionsfähigkeit gegeben [hat], und dies gleich in einem Maß, wie sie eben nur einem Volk eigen sein kann, das die weiteste Verbreitung über alle Länder der Erde und damit die Möglichkeit des gleichzeitigen politischen Wirkens an allen überhaupt in Frage kommenden Stellen mit einem starken Einheitsbewußtsein verbindet“.⁸³ Eine halbe Million Juden werde bald in Palästina sein, „möge kommen, was da wolle“.⁸⁴ Versöhnt wurden die Antagonismen „Bleiben“ und „Gehen“ in dem kurz zuvor veröffentlichten Aufruf des Kopenhagener Zionistischen Büros, das neben einem unzweideutigen Bekenntnis der Staatenwelt zur jüdischen Heimstatt Palästina und zu tatsächlicher Gleichberechtigung Autonomie dort verlangte, wo Juden dies anstrebten.⁸⁵

Berger maß an der Unterstützung der zionistischen Sache durch die Sozialisten, deren Achtung des Selbstbestimmungswillens jedes Volks, das die Verwirklichung des Rechts erlangen möchte, „auf die die neue Welt ge-

82 Ebenda, S.943f.

83 Ders., Die Friedensforderungen des jüdischen Volkes, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 19, S.1065-1071, hier S.1065f.

84 Ebenda, S.1068.

85 Siehe ebenda, S.1067.

gründet sein soll“, die – ursozialistische – Forderung nach Gerechtigkeit und Freiheit. Ein jüdisches Palästina „würde zum erstenmal und gleich in reinster Form das staatliche Gemeinwesen gründen heißen, das der Idee des Rechts seine Existenz verdankt“. „Kein imperialistischer Drang wird es heißen seine Grenzen hinauszuschieben“, „sein Ausdehnungsdrang wird und kann immer nur geistiger Art sein“. Im Umbruch in Europa fiele dem neuen Judenstaat damit eine Rolle als Prüfstein für den neuen Geist zu, der ohne die furchtbaren Bedrückungen der Gegenwart entfaltet werden könne. „Darum wird auch das jüdische Land Palästina ein sozialistisches Land werden.“⁸⁶ Der erhoffte jüdische Staat wurde so zu einem Leitbild, zur Utopie im besten Sinne. Auch hier war der Charakter eines Appells an die Sozialdemokratie unübersehbar. Die Umsetzung der Ziele der Zionisten sollte alle Sozialdemokraten angehen, die hierbei bisher so sträflich versagt hatten. Berger nahm aus diesem Vorwurf allein die „Monatshefte“ und die „Chemnitzer Volksstimme“ heraus.⁸⁷ Nicht wahrgenommen werde die Vision des „erste[n] Land[s], in dem der sozialistische Mensch geboren wird“.⁸⁸ Berger schloss mit dem Appell, der in dieser Form in den letzten zwanzig Jahren oft in den „Monatsheften“ angeklungen und nun den neuen Gegebenheiten angepasst war: Nachdem Entente und Neutrals längst die zionistischen Ziele anerkannt hätten, „müsse es als selbstverständlich angenommen werden, daß auch in dem jetzt freien Deutschland der Sozialismus frei und groß die Forderungen des jüdischen Volks in ihrem sozialistischen Sinn erkennen und anerkennen wird“.⁸⁹ Mit dieser Vision endete in den „Sozialistischen Monatsheften“ für die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit die Auseinandersetzung mit dem Zionismus. Das Thema rückte wieder in den Hintergrund; neue Herausforderungen der Verteidigung und des Ausbaus des begrüßten demokratischen Weimarer Staatswesens absorbierten die Aufmerksamkeit des Blatts,⁹⁰ das außerdem im innerparteilichen Machtgefüge der SPD einen

86 Ebenda, S.1070.

87 Ebenda, S.1066. Die „Chemnitzer Volksstimme“ gehörte unter ihrem Chefredakteur Gustav Noske und den leitenden Redakteuren Ernst Heilmann und Herman Kranold, die beide auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ schrieben, dem rechten Parteiflügel an. Heilmann war bei seinem Beitritt zur SPD aus der jüdischen Kultusgemeinde ausgetreten.

88 Ebenda, S.1071.

89 Ebenda.

90 In den Weimarer Jahren erschienen lediglich die Artikel: Helene Hanna Cohn: Die werdende Gemeinschaft in Palästina, in: Sozialistische Monatshefte, 1922, H. 15, S.927-931; Sally Lachmann: Palästina als Aufgabe, in: ebenda, 1925, H. 8, S.468-475; Julius Kaliski: Pa-

weiteren Bedeutungsverlust erlitt. Für die Jahre zuvor lag das größte und langfristige Verdienst der „Sozialistischen Monatshefte“ hinsichtlich der jüdischen Frage darin, die deutsche Arbeiterbewegung und die bürgerlichen Leser auf die schlimme soziale und gesellschaftliche Lage des sonst aus dem sozialistischen Blickfeld ausgeblendeten Ostjudentums aufmerksam gemacht zu haben. Wiederholt konnten Autoren ihre vor Ort gesammelten Eindrücke einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Im Unterschied zur „Neuen Zeit“ ließen die „Monatshefte“ Vertreter des Arbeiterzionismus zu Wort kommen. Der Verzicht auf eine verengte, orthodox marxistische Betrachtung der Lebensbedingungen und Ideen der Juden im Osten öffnete den Blickwinkel für diese in althergebrachte Raster nicht einzuordnende Bewegung. Zuletzt wandelte sich die Zeitschrift sogar von einer Plattform der Ideen der Zionisten hin zu einer Unterstützerin des Zionismus, wenn auch unter der besonderen Situation des laufenden Kriegs. Mit Herman Kranold hatten die Zionisten eine laut vernehmbare Stimme im engsten Kreis der „Monatshefte“ gewonnen.

Zu einer Allianz zwischen zionistischer und sozialistischer Bewegung sollte es jedoch nicht kommen. Die SPD agierte als die staatstragende Partei Weimars, dessen Zukunft nicht zuletzt jüdischstämmige Sozialdemokraten, die wie die Juden insgesamt nun die endgültige staatsbürgerliche Gleichberechtigung erreicht hatten, mitgestalten wollten. Für Zionsutopien blieb da kaum Platz.

lästina und der Sozialismus, in: ebenda, 1929, H. 9, S.783-790; Ders.: Die Zukunft der jüdischen Palästinaarbeit, in: ebenda, 1930, H. 10, S.990-995; Julius Berger: Der Versuch einer Kleinsiedlung in Palästina und sein Gelingen, in: ebenda, 1930, H. 12, S.1225-1229; Theodor Kappstein: Rund um den Zionismus. Eindrücke auf einer Palästinafahrt, in: ebenda, 1931, H. 8, S.759-769.